



Norbert Altenkamp MdB  
Bürgermeister a.D.

11011 Berlin, 23.02.2018

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
Tel: 030 227-75313  
Fax: 030 227-70313  
norbert.altenkamp@bundestag.de

## Neues aus Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Main-Taunus,

in dieser Woche hat meine Arbeit im Bundestag weiter an Fahrt gewonnen.

Vor allem in meiner Arbeitsgruppe Bildung und Forschung haben wir unsere Ziele für diese Legislaturperiode weiter präzisiert. Speziell für dieses Politikfeld ist der Koalitionsvertrag eine hervorragende Basis, denn die Union konnte hier ihre Vorstellungen von einer zukunftsgerichteten Bildungs- und Forschungspolitik fast 100%ig durchsetzen. So werden wir bis 2025 unsere Forschungsausgaben auf 3,5% des BIP erhöhen. Wir entwickeln unsere Hightechstrategie weiter, um die besten Antworten auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel und alternde Gesellschaft zu finden. Wir führen für innovative Mittelständler eine steuerliche Forschungsförderung ein. Wir stärken die Hochschulen, erhöhen das Bafög und machen uns für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung stark. Wir modernisieren die Berufsbildung, verbessern die Aufstiegsfortbildung und bauen die Ganztags schulbetreuung aus. Und der Bund-Länder-Digitalpakt für die Schulen wird mit 5 Mrd. Euro dafür sorgen, dass unsere Kinder fit für die Welt von morgen werden. Ich freue mich darauf, all das mit voranbringen zu können.

Ich freue mich auch darüber, dass ich am Donnerstag zu einem der Schriftführer des Deutschen Bundestages gewählt worden bin. Dadurch bin ich noch intensiver – und gleichzeitig sehr sichtbar – in die parlamentarische Arbeit eingebunden. Als „rechte“ oder „linke“ Hand des Bundestagspräsidenten unterstütze ich künftig Wolfgang Schäuble oder seine Stellvertreter bei der Leitung der Plenarsitzungen.

Herzliche Grüße

## Die weiteren Themen dieser Woche:

### **1. Die politische Lage in Deutschland**

#### **Wir sind bereit für eine stabile Regierung.**

Wir haben als Union mit der Einigung auf einen Koalitionsvertrag gezeigt, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und damit unserem Land eine stabile Bundesregierung zu geben. Die CSU hat dem Koalitionsvertrag als erste der drei Koalitionsparteien durch ihren

Vorstand bereits am 8. Februar 2018 zugestimmt. Die CDU wird über den Vertrag bei ihrem Bundesparteitag am nächsten Montag abstimmen. Zugleich sendet die CDU mit dem zu erwartenden Wechsel im Amt des Generalsekretärs ein Zeichen der Erneuerung. Es ist außer

gewöhnlich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgeben will, um als Generalsekretärin der Partei zu dienen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbe-reitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen. Gleichzeitig gilt unser Dank unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren. Weitere Schritte zur personellen Neuaufstellung werden bald folgen.

Wir stellen uns als Union gut auf und sind gut aufgestellt – das gilt auch inhaltlich. Der Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Zukunft unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger dar. Es ist uns gemeinsam, unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder der Fraktion, gelungen, wichtige Inhalte unseres Regierungsprogrammes im Koalitionsvertrag mit der SPD festzuschreiben.

Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ein starkes Europa – das ist unser Ansatz für die kommenden vier Jahre.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben – darauf werden wir als Unionsfraktion achten, denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes. Zudem haben wir festgeschrieben, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Entscheidungen auf EU-Ebene gewahrt bleiben; das gilt nicht nur, aber insbesondere bei einer möglichen Weiterentwicklung der Eurozone oder des ESM.

Wir werden die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen. Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleibt noch viel Spielraum für Investitionen in die Zukunft: Mrd. stellen wir für Familien und die Modernisierung der Schulen zu Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkinder den ganzen Tag verlässlich betreut werden. Wir fördern den Ausbau des schnellen Internets in ganz Deutschland und sorgen dafür, dass bereitstehendes Geld schneller in Straßen und Schienen, aber auch in Wohnraum und Datenautobahnen verbaut werden kann. Nicht nur Beschäftigte, sondern auch Familien, Rentner und Studenten können sich auf mehr Geld

freuen – höheres Kindergeld, Grundrente, Mütterrente II und höheres BAföG sind hierfür die Stichworte.

Wir stärken die Wirtschaft mit einer umfassenden Fachkräftestrategie und weiteren Investitionen in Forschung, Entwicklung und künstliche Intelligenz. Wir investieren in den ländlichen Raum und bekennen uns klar zur Vielfalt in der Landwirtschaft. Schließlich konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Selbst wenn es bei den Verhandlungen den einen oder anderen schmerzlichen Kompromiss gab, sind wir mit dem Ergebnis bestmöglich unserer Verantwortung den Bürgern und dem Land gegenüber gerecht geworden.

#### **EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit.**

Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) widmen. Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Finanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen und die Vorschläge der EU-Kommission vom 14. Februar 2018 beraten. Für uns ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs sollten wir als Chance begreifen, die EU-Finanzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten. Zudem soll auch über die Möglichkeit transnationaler Listen bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Art und Weise gesprochen werden, wie führende EU-Positionen etwa mit möglichen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen besetzt werden.

#### **Wir sind stolz auf unsere Olympioniken**

Die deutschen Athleten sind bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang (Südkorea) überaus erfolgreich. Sie haben bereits zahlreiche Gold-, Silber- und Bronzemedailen erstritten, aber auch viele gute Platzierungen kommen hinzu. Wir sind stolz auf unsere Olympiamannschaft. Die Sportlerinnen und Sportler repräsentieren unser Land in bester Weise. Sie

stehen für Leistungsbereitschaft, Fairness und Weltoffenheit. Die Athleten sind wichtige Vorbilder insbesondere für unsere Jugend.

Wir wissen um die große Bedeutung des Sports für viele Menschen – vom Kind über die Berufstätigen bis hin zu den Senioren treiben viele Mio. regelmäßig Sport. Unsere Sportvereine leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. Neben der Förderung des Breiten-sports durch Länder und Kommunen kommt der nationalen Spitzensportförderung eine wichtige Bedeutung zu. Wir werden u. a. mit

## 2. Debatten im Plenum:

### **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU-27 am 23.2.2018 in Brüssel.**

Bei der Tagung geht es um den Mittelfristigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) der EU sowie um institutionelle Fragen rund um die Wahlen zum Europäischen Parlament.

**Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.** Die gesamte Region bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die Debatte war uns aber nicht nur deshalb, sondern auch wegen unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien, ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel dazu wurden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

**Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2018 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018).** In zweiter und dritter Lesung haben wir den Gesetzentwurf über das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018 beschlossen. Das aus Mitteln des Marshallplans stammende ERP-Sondervermögen fördert seit über 60 Jahren die deutsche Wirtschaft. Die für 2018 verfügbaren Mittel von 790 Mio. Euro erzielen durch ihre Hebelwirkung ein Fördervolumen von insgesamt 6,75 Mrd. Euro. In den Fokus der Förderung stellen wir kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihrer Finanzierungssituation

der beschlossenen Spitzensportreform die Athleten künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken, um bestmögliche Trainingsbedingungen zu ermöglichen, eine bessere Absicherung zu erreichen und die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Spitzensport zu stärken.

Im Anschluss an die Olympischen Winterspiele finden vom 9. bis 18. März 2018 die Paralympischen Winterspiele statt. Auch unserem paralympischen Team wünschen wir viel Erfolg und faire Wettkämpfe in Pyeongchang.

oftmals gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt sind. Damit setzen wir den Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem März 2017 zur optimalen Ausnutzung des ERP-Förderpotenzials um. Die ERP-Mittel werden zum großen Teil von der KfW in Form von Krediten, Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung zur Verfügung gestellt.

**Bericht über die Auswirkungen der Regelungen zum Elterngeld Plus und zum Partnerschaftsbonus sowie zur Elternzeit.** Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als „gute Sache“ bezeichnen. Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.

**AFD-Antrag zu Dennis Yücel:** Wieder einmal negativ aufgefallen ist die AFD, mit ihrem Antrag, dass die Bundesregierung einen sechs Jahre alten satirischen Text von Dennis Yücel missbilligen soll. Damit hat sie erneut bewiesen, dass sie mit demokratischen Prinzipien wie der Presse- und Meinungsfreiheit auf Kriegsfuß steht.

## Daten und Fakten

**Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Straßenverkehr findet Zustimmung.** Einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bundesbürger den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um den Verkehrsfluss zu verbessern und Unfälle zu vermeiden. So halten 9 von 10 Bundesbürgern (89%) es für sinnvoll, dass KI-basierte Systeme eingesetzt werden, um die optimal Fahrtroute zu finden und vor Unfallgefahren rechtzeitig zu warnen. Weiterhin gehen 86% der Befragten davon aus, dass KI-optimierte Ampelschaltungen innerstädtische Staus verringern werden. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (58%) hält es zudem für sinnvoll, Künstliche Intelligenz auch bei selbstfahrenden Fahrzeugen einzusetzen. Die Zustimmung der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahre (65%) fällt hierbei etwas stärker aus als bei Älteren ab 65 Jahren (54%).

**Deutsche Exporte weiter auf Rekordniveau.** 2017 hat Deutschland Waren im Wert von 1.279,4 Mrd. Euro exportiert. Demgegenüber standen Importe von 1.034,6 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 6,3% bzw. 8,3% gegenüber den bisherigen Höchstwerten aus dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt. Dementsprechend sank der deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahr leicht von 248,9 Mrd. Euro auf 244,9 Mrd. Euro. Wichtigster Handelspartner bleibt die Europäische Union. In die EU-Mitgliedstaaten wurden Waren im Wert von 750 Mrd. Euro exportiert, die Importe aus der EU betragen 682,5 Mrd. Euro.